

# Was es heißt, nicht „ausbildungsreif“ zu sein

Fortsetzung von Seite 16

Cord Wöhlke ist Geschäftsführer der Iwan Budnikowsky GmbH. In diesem Jahr hat er 41 Auszubildende, jeder Dritte davon hat keine deutschen Wurzeln. In anderen Unternehmen ist es – rein statistisch gesehen – jeder Vierte. „Migranten haben viele Stärken“, sagt Wöhlke. „Sie sind belastbarer, freundlicher – und serviceorientierter.“ Und, allen Studien zum Trotz: Wöhlke schätzt auch die Mehrsprachigkeit. „Es reicht schon, wenn ein Kunde im Geschäft in seiner Landessprache angesprochen wird. Das baut großes Vertrauen auf.“

Wöhlke ist Mitglied des Hamburger Integrationsbeirates. Alle drei Monate treffen sich die rund 50 Mitglieder und entwickeln Konzepte „für die Eingliederung von Zuwanderern“. Denn das friedliche Nebeneinander von Einheimischen und Zuwanderern reiche nicht. Das hat Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram gesagt, als der Beirat vor sechs Monaten ein neues Integrationskonzept beschlossen hat. „Integration ist dann gelungen, wenn die Zuwanderer gleichberechtigt am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilhaben.“

Es ist der 19.12.2006. Rund ein Viertel der Bevölkerung in Hamburg hat Migrationshintergrund.

## Statt Entscheidungen gibt es nur Ratschläge

Wolfgang Wietbrock kennt Wöhlke. Auch er ist im Integrationsbeirat. Zwei Stunden dauern die Sitzungen, von 19 bis 21 Uhr. Dann reden die Mitglieder über Sprachförderung, Ausbildung von Migranten und „qualifizierte Zuwanderung“. Es gibt Arbeitsgruppen, Gespräche, Empfehlungen. Entscheiden können sie nichts, nur Ratschläge geben.

Das ist ungewohnt für Wietbrock. Er ist ein Macher, Personalchef bei der Norddeutschen Affi, Europas größtem Kupferhersteller mit einem Jahresumsatz von 5,8 Milliarden Euro und 3200 Mitarbeitern, 2000 davon in Hamburg. Rund 30 Prozent der Auszubildenden haben Migrationshintergrund. „Unser Unternehmen hat jahrelang von Gastarbeitern profitiert. Wir haben eine Verpflichtung gegenüber diesen Menschen und ihren Kindern“, sagt Wietbrock. Dankbarkeit also? Nicht nur. „Wir brauchen Nachwuchs. Dringend. In ein paar Jahren wird es in Deutschland zu wenig qualifizierten Arbeitskräfte geben.“

Szenenwechsel: Caffamacherreihe 1, Neustadt. In der Axel-Springer-Passage ist ein Podium aufgebaut. Ole von Beust ist da, Bildungsministerin Alexandra Dinges-Dierig und Affi-Chef Werner Marnette. Außerdem ein paar Lehrer und Schüler. Sie sprechen

über Ausbildungschancen von Migranten, werben für den Aktionsplan des Senats. Marnette bietet spontan zwei zusätzliche Lehrstellen an. Fatih (14) und Lukasz (15) (Namen geändert) greifen sofort zu. Ihre Namen werden notiert, die Gespräche folgen.

Schnell stellt sich heraus: Die beiden sind noch nicht „ausbildungsreif“, wie es heißt. Bedeuter: Sie scheitern schon im Aufnahme-Test der Affi. Im Matheteil und bei den Wissensfragen. Welche Aufgaben da gestellt werden? Addiere drei Fünftel zu sieben Drittel, beantworte folgende Frage: Wenn 2 Bleistifte 50 Cent kosten, wie viel Bleistifte kann man für 5 Euro kaufen? Es ist ein Multiple-Choice-Test. Fünf Lösungen werden angeboten. Beide Bewerber entscheiden sich meist für die falsche.

Die Affi schickt sie trotzdem nicht weg, bietet ihnen eine einjährige Einstiegsqualifizierung an. Wenn sie sich bewähren, bekommen sie am Ende der Zeit doch noch eine Lehrstelle.

## 192 Euro im Monat? Zu wenig für viele

Rund 1000 solcher Plätze gibt es in Hamburger Unternehmen. Zwei Drittel der Stellen bleiben jedes Jahr unbesetzt. Karol hat noch nie etwas davon gehört.

Die meisten, denen Praktikumsvermittler Jesco Stahlmann von der Ausbildungsförderung der Hamburger Wirtschaft davon erzählt, haben keine Lust. „Oder die Bezahlung ist ihnen zu schlecht“, sagt Stahlmann. Es gibt 192 Euro im Monat.

Noorziaa, Barbara, Karol und Rudolf haben sich bisher noch nicht beworben. Nicht für eine Ausbildung in der Apotheke, bei der Bundeswehr, der Feuerwehr. Nur für die Berufsfachschule. Sie wollen nach der neunten Klasse noch keine Lehre machen, weiter zur Schule gehen. So wie 14 andere Schüler aus der Klasse. Weil es bequemer ist, einfacher. Sagt Klassenlehrer Jens Ehlers. Immer wieder hat er den Schülern geraten, lieber eine Ausbildungsstelle zu suchen, eine Lehre zu machen. Vergeblich. „Der Schritt in die Arbeitswelt ist vielen Jugendlichen in dem Alter noch zu groß. Die bekannten Abläufe der Schule geben ihnen Sicherheit“, sagt Ehlers. Noorziaa sagt etwas anderes: „Das ist wie ein Realabschluss. Damit habe ich viel bessere Chancen.“ Glaubt sie.

Doch noch nicht einmal 40 Prozent schaffen danach laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung den Übergang in eine reguläre Berufsbildung.

Berufsfachschule, Berufsvorbereitungsjahr – oft Warteschleifen auf dem Weg ins berufliche Nichts?

Hamburgs Bildungsministerin Alexandra Dinges-Dierig hat jüngst sogar angekündigt, die jet-

zige Berufsvorbereitung ganz abzuschaffen. „Das ganze System ist reformbedürftig, weil es zu statisch und zu wenig individuell arbeitet. Jahrelang wurden alle Jugendlichen in ein Raster gezwängt. Heute wissen wir, dass das falsch war.“

Wenn man so will, hat die Senatorin selbst Migrationshintergrund. Ihre Familie väterlicherseits kommt aus dem schlesischen Langenbielau (dem heutigen Bielawa in Polen), hatte dort einst das größte Textilunternehmen von Kontinental-Europa. Ihre Mutter war als gebürtige Pragerin tschechischer Herkunft, ihr Vater stammt aus Berlin. „Mit ist erst später bewusst geworden, dass es einen Unterschied zwischen mir und den anderen Kindern gibt“, sagt sie. Zwischen ihr und den Kindern mit beidseitig deutschen Elternteilen. Zwischen ihr und den Kindern der türkischen Gastarbeiter, die in der Fabrik der Eltern in Augsburg beschäftigt waren. „Die türkischen Arbeiter meines Vaters waren seine treuesten Mitarbeiter“, sagt Alexandra Dinges-Dierig. Der Umgang sei vollkommen normal gewesen, Kontakt zu den türkischen Kindern habe sie wenig gehabt. Es sei mehr ein Neben- als ein Miteinander gewesen.

## Auch auf dem Schulhof – Angst vor Zuwanderung?

Genau das, was auch der frühere Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) bemängelt hat. „Leider müssen wir feststellen, dass bei uns immer noch zu wenig für ihre gesellschaftliche Eingliederung getan wird. Häufig werden die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien isoliert mehr neben als unter uns, und in aller Regel haben ihre Kinder nicht die angemessenen Bildungschancen. (...) Damit sich die ausländischen Arbeitnehmer hier wirklich heimisch fühlen können, bedarf es der Hilfsbereitschaft und des Verständnisses aller Arbeitnehmer.“

Es ist der 21. März 1972, als Willy Brandt das vor der Belegschaftsversammlung der Bayerischen Motorenwerke sagt. Damals lebten in Deutschland 3,5 Millionen Ausländer.

Fast 30 Jahre später wird man erkennen, dass Integration nicht nur eine Frage von Anstand, sondern auch von Wirtschaftlichkeit ist. Fast 30 Jahre später sagt Brandts Nachfolger, Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD): „Es ist eben nicht nur eine moralische Frage, ob wir bereit sind, mit Angehörigen anderer Kulturen, anderer Nationen, mit Menschen anderer Hautfarbe und anderer Religion zusammenzuleben. Sondern es liegt auch in unserem ganz nüchternen ökonomischen Interesse. Beides gehört zusammen, es lässt sich nicht voneinan-



Noorziaa (17) versteckt sich hinter ihrem afghanischen Pass vor den Blicken der anderen.

der trennen.“ Es ist der 23. November 2000. In Deutschland leben 7,3 Millionen Ausländer.

Moralisch oder ökonomisch? Barbara, Noorziaa und Karol haben überhaupt nicht das Gefühl, aufgenommen worden zu sein. „Hier wirst du nur danach beworben, welche Jeans du anhabst. Ob du die ‚richtige‘ Marke trägst“, sagt Barbara. Die richtige ist eine von G-Star. So eine, wie sie Rudolf trägt. Barbara trägt die falsche Marke. Das merkt sie an den Blicken der anderen. „Die gucken immer so komisch“, sagt sie und meint: abschätzend, arrogant. Und manchmal sieht sie noch etwas anderes in den Blicken: Angst. Angst vor Zuwanderern.

Nach der jüngsten Shell-Jugendstudie haben junge Menschen in Deutschland derzeit vor allem Angst vor Arbeitslosigkeit, Armut – und vor Zuwanderung nach Deutschland. 58 Prozent sprechen sich dafür aus, in Zukunft weniger Zuwanderer aufzunehmen als bisher. 2002 waren es 48 Prozent. 2002 hatten die Jugendlichen am meisten Angst vor Terroranschlägen.

## Unliebsame Konkurrenz auf dem Jobmarkt

Und: Je weniger Geld jemand hat, umso weniger Migranten wollen sie in Deutschland haben. Viele sehen in ihnen unliebsame

Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Die einen haben es schwer – die anderen noch viel schwerer. Chancengleichheit gibt es nicht. So steht es im Bildungsbericht der Kultusministerkonferenz der Länder. Kinder mit Migrationshintergrund kommen später in die Schule. Sie besuchen doppelt so häufig wie Deutsche eine Haupt- oder Sonderschule. Sie bekommen bei gleichen Leistungen schlechtere Noten.

Das hat auch Vernor Munoz, Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung der UN, festgestellt und angemahnt: „Solange Bildung nicht als ein Menschenrecht betrachtet wird, das jedem Kind garantiert werden muss,

## Das Aus für die Hauptschule

Das Aus der Hauptschule als eigenständige Schulform ist in Hamburg schon beschlossene Sache – seit dem 19. April. An diesem Tag nahm die Bürgerschaft den CDU-Antrag an, der ein neues Schulsystem aus Gymnasium und Stadtteilschule vorsieht. Mit der Umsetzung dieser tiefgreifenden Reform soll zum 1. August 2009 begonnen werden.

Zwar ist die GAL völlig und die SPD mindestens in Teilen gegen dieses Zwei-Säulen-Modell, aber in einem Punkt sind sich die drei Fraktionen in der Bürgerschaft einig: Die Hauptschulen haben keine bildungspolitische Zukunft mehr. Die entscheidenden Gründe: Die Hauptschule verdient schon lange nicht mehr ihren Namen. Weniger als zehn Prozent eines Schülerjahrgangs besuchen diese Schulform. Und: Von ihnen schafft jeder Fünfte den Hauptschulabschluss nicht.

Wie genau das neue Hamburger Schulsystem aussehen wird, entscheiden die Wähler bei der Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008. Die GAL favorisiert das Modell „Neun macht klug“ – gemeinsamer Unterricht aller bis zum Ende der Klasse 9. Die SPD hat als Fernziel ebenfalls die „Schule für alle“ nach skandinavischem Vorbild.

wird es schwierig sein, den spezifischen Bedürfnissen deutscher Schüler Rechnung zu tragen, deren Eltern oder Großeltern aus anderen Ländern nach Deutschland kamen.“

Es ist März 2007. In Hamburg verlässt jeder zehnte Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Mehr als 50 Prozent davon sind Migranten.

Es ist das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle und das letzte Schuljahr der Klasse 9c. Es sind noch wenige Wochen bis zum Abschluss. Einen Ausbildungsplatz hat noch niemand.

Fortsetzung auf Seite 18